

**Ergebnisprotokoll
über die Sitzung des Akademischen Senats am 16. März 2005 (VI/11), von
14.00 Uhr bis 17.30 Uhr**

Vorsitz: Prof. Dr. Edda Siegl, MNF
Dr. Cornelia Mannewitz, PHF

Anwesende stimmberechtigte Mitglieder:

Prof. Dr. Wolfgang Bernard, PHF	
Prof. Dr. Rudolf Guthoff, MEF	bis 15.40 Uhr
Prof. Dr. Michael Hembus, AUF	
Prof. Dr. Bernhard Lampe, IEF	
Prof. Dr. Theodor Nebl, WSF	bis 16.10 Uhr
Prof. Dr. Dieter Neßelmann, MNF	bis 16.35 Uhr
Prof. Dr. Mathias Paschen, MSF	
Prof. Dr. Peter Schuff-Werner, MEF	bis 16.35 Uhr
Prof. Dr. Bernhard Hardtung, JUF	i.V.v. Prof. Dr. Hans-Joachim Schütz, JUF
Dr. Barbara Amling, ZOE (SZ)	
Dr. Viola von Oeynhausen, MNF	
stud. Christian Beyer, PHF	
stud. Maik Walm, PHF	
stud. Thomas Wolff, MNF	
Ursula Keßler, Dezernentin D2	i.V.v. Dr. Christa Radloff, RZ
Ingrid Klingbeil, IEF	

Anwesende beratende Mitglieder:

Prof. Dr. Hans Jürgen Wendel	Rektor, bis 15.35 Uhr
Prof. Dr. Karl Hantzschmann	Prorektor, bis 15.25 Uhr
Prof. Dr. Detlef Czybulka	Prorektor, bis 17.00 Uhr
Prof. Dr. Gerd Röpke	Prorektor, bis 17.00 Uhr
Dagmar Börner	Kanzlervertreterin, von 15.40 - 17.00 Uhr
Prof. Dr. Ursula van Rienen	Dekanin IEF, bis 17.00 Uhr
Prof. Dr. Alfred Leder	Dekan MSF, bis 16.40 Uhr
Prof. Dr. Ralph Weber	Dekan JUF, bis 17.55 Uhr
Prof. Dr. Alfred Flint	i.V.v. Dekan MNF
Prof. Dr. Stefan Liebe	Prodekan, i.V.v. Dekanin MEF, bis 16.40 Uhr
Prof. Dr. Ilona Schneider	Studiendekanin, i.V.v. Dekan PHF
Prof. Dr. Hermann Michael Niemann	Dekan THF, bis 17.15 Uhr
Prof. Dr. Jakob Rösel	Dekan WSF
Prof. Dr. Otto Fiedler	Ehrensensator
stud. Christoph Friederich	stellv. StuRa-Präsident
stud. Claudia Hantke	stellv. AStA-Vorsitzende
Dr. Sybille Bachmann	Personalrat
Prof. Dr. Wolfgang D. Schareck	Vorsitzender Konzil, bis 15.45 Uhr

Vorläufige Tagesordnung:

I Regularien

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

II Allgemeine hochschulpolitische Angelegenheiten

- 2 Zweite Anhörung des Akademischen Senats zum Konzept „Koordination und Konzentration der Fachgebiete an den Universitäten Mecklenburg-Vorpommerns“ des Rektors der Universität Greifswald und des Rektors der Universität Rostock vom 22. Februar 2005: Statements des Akademischen Senats, Erläuterungen des Rektors der Universität Rostock

zu 1

Der Senat war mit 18 und im weiteren Verlauf der Sitzung mit 17, 16 und 14 stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig. Die Sitzung wurde gemeinsam von der Vorsitzenden Prof. Dr. Siegl und der stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Mannewitz geleitet.

Die Vorsitzende des Senats dankte zu Beginn der Sitzung Senatorin von Oeynhausens und Senator Beyer für die Koordinierung der Studentenproteste gegen die Stellenkürzungen der Landesregierung. Des Weiteren informierte sie den Senat über ein gemeinsames Treffen mit der stellvertretenden Vorsitzenden Frau Dr. Mannewitz und dem Vorsitzenden des Greifswalder Senats Prof. Dr. Wolfgang Joecks. Schwerpunkt war u.a. die Vorbereitung eines Treffens aller Senatsvorsitzenden der Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns. Die Zielstellung wird darin liegen, dass erwartete Strukturgesetz zu ändern bzw. zu verhindern sowie die Solidarität aller Hochschulen des Landes zum Ausdruck zu bringen. Auf die Frage der Vorsitzenden nach einer möglichen Demonstration in Schwerin informierte Senator Beyer über die geplante Sitzung des Bildungsausschusses am 7. April 2005.

Zur Vorlage des Fachschaftsrats UNI-BAU, erklärte die Vorsitzende, dass sie die Mitglieder des Senats lediglich über den Beschlussvorschlag informiert. Wesentliche Punkte und Argumentationen seien schon im Positionspapier des Akademischen Senats vom 22. Februar 2005 enthalten. Über andere Punkte hat der Senat kein Beschlussrecht, so die Senatsvorsitzende. An den Fachschaftsrat UNI-BAU, i.V. cand.-Ing. Matthias Hoffmann, ist eine ausführliche Begründung der Verfahrensweise ergangen. Im Anschluss übergab die Vorsitzende das Wort an Senatorin Dr. Mannewitz.

zu 2

Senatorin Dr. Mannewitz erläuterte kurz die Zielstellung der Strukturkommission und verlas danach das von der Kommission verfasste Statement. Ausgehend von Aussagen aus dem Konzept der Rektoren der Universitäten Rostock und Greifswald¹ wurde der Zusammenhang mit den Doppelungen bei Studiengängen beider

¹ Vorschläge der Rektoren Wendel und Westermann zur Koordination und Konzentration der Fachgebiete an den Universitäten Mecklenburg-Vorpommerns

Universitäten dargelegt. Weiterhin wurden u.a. folgende Punkte im Statement diskutiert:

- detaillierte Betrachtung der Kriterien für die Erhaltung oder Schließung von Studiengängen,
- ausführliche Darstellung der Juristischen Fakultät, des Fachs Betriebswirtschaftslehre und des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften hinsichtlich Lehrangebot und Verflechtungen mit anderen Fakultäten,
- Stellenpotenziale und Rangfolge der Einsparmaßnahmen.

Die Vorsitzende des Senats protestierte gegen die Aussage im Statement, wonach „sich der Senat bei jeder Gelegenheit ängstlich fragt, ob das Gremium seine vom Gesetz gegebenen Befugnisse auch wirklich ausüben darf“ (Zitat). Es könne nicht sein, dass Senatoren vorgeworfen würde, sie seien ängstlich, wenn sie sich an das LHG und die Grundordnung hielten. Im Anschluss fand eine sehr rege Aussprache statt. Im Vordergrund stand neben inhaltlichen Aussagen auch die Rolle des Akademischen Senats in der gegenwärtigen Situation. Dr. Mannewitz lobte die zum Teil ausführlichen und schnellen Angaben aus allen Fakultäten und der Verwaltung zur Überprüfung des Konzepts der Rektoren.

Im Anschluss bat die Vorsitzende des Senats den Rektor seine Position zum Personalkonzept der Landesregierung hinsichtlich der jüngsten Verlautbarungen in der Presse darzulegen. Prof. Dr. Wendel verwies in seinen Ausführungen auf die unakzeptablen Konsequenzen, die die Einsparmaßnahmen für die Universität Rostock hätten. Die Vorschläge der beiden Universitätsrektoren haben deutlich gemacht, welche katastrophalen Folgen der Abbau von Doppelungen von Fachgebieten für Wirtschaft und Gesellschaft haben kann. Auch alternative Szenarien von Einsparungen in derselben Größenordnung sind völlig inakzeptabel.

Der Rektor nahm angesichts der aufgezeigten Folgen einerseits und der großen Unterstützung durch Bevölkerung und Wirtschaft der Region andererseits Abstand von den bisherigen Vorschlägen und wird auch in Zukunft keine weitere Diskussion um Schließung von Studiengängen in der geforderten Größenordnung führen. Er betonte, dass die Hochschulen den eingeschlagenen Weg drastischer Einsparungen im Hochschulsektor im Interesse der Zukunftsfähigkeit des Landes für eine grundlegende und gravierende Fehlentscheidung halten. Seitens der Landesregierung wurde es nicht zur Kenntnis genommen, dass es sich bei den genannten Doppelungen um Fächer handelt, die an den verschiedenen Hochschulen zum Teil völlig unterschiedliche, eigene Profile aufweisen und auch jeweils in der umgebenden Region von Bedeutung sind. Anstatt Vergleiche durchschnittlicher Ausgabeproportionen mit anderen, so genannten finanzschwachen Ländern zu führen, sollte die Landesregierung besser Leistungsvergleiche mit den besten Wettbewerbern heranziehen, um Anhaltspunkte zur Verbesserung der eigenen Leistung zu erhalten. Einsparungen werden deshalb nur zum Verlust von Fächern und Fachgebieten an beiden Universitäten und damit zum Verlust von Leistungsfähigkeit und Attraktivität dieser Standorte führen.¹¹

Auf Nachfrage stellte der Rektor klar, dass diese Erklärung die individuelle Position der Universität Rostock darstellt. Eine Vereinbarung über einen gemeinsamen Standpunkt mit dem Greifswalder Rektor konnte nicht erzielt werden.

¹¹ Das gesamte Dokument des Rektors „Geplanter Stellenabbau führt zur Zerstörung der Hochschulen“ ist auf den Intranetseiten der Universität Rostock unter <http://www.uni-rostock.de/news/news.asp> zu finden.

Die Erarbeitung eines Hochschulstrukturgesetzes durch das Bildungsministeriums wurde weiter vorangetrieben, so Prof. Dr. Wendel. Im Gesetzentwurf enthalten ist ein Fächeranhang, der Aussagen zur Schließung von Fächern an den Hochschulen macht. Eine Mitarbeit am Strukturgesetz seitens der Universität Rostock hat bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht stattgefunden. Der Senat war der einmütigen Meinung, dass dieses Strukturgesetz für die Hochschulen inakzeptable Konsequenzen haben wird und zudem ein untauglicher Versuch ist, die Hochschulautonomie zu untergraben.

In der folgenden Diskussion wurde deutlich, dass die Wirtschaft und die Region Rostock hinter der Universität Rostock stehen. Senator Paschen informierte den Senat über eine anstehende Initiative der Industrie- und Handelskammer Rostock.

Die Vorsitzende des Senats unterrichtete die Mitglieder über eine Studie des Landes Sachsen-Anhalt über die ökonomischen Effekte der Hochschulausgaben, die als Ausgangspunkt für eine ähnlich gelagerte Studie der Universität Rostock dienen könnte. Außerdem wird ein Flugblatt, das mit Senatorin Dr. Radloff entworfen wurde demnächst verteilt. Kontrovers wurde die Frage der Vorgehensweise gegen das Strukturgesetz diskutiert und inwieweit politische Maßnahmen in der verbleibenden Zeit koordiniert werden können. In diesem Zusammenhang bat die Vorsitzende Senator Beyer die bereits angelaufenen Maßnahmen der Studenten fortzuführen und zu intensivieren, um den Drucks auf die Landesregierung zu verstärken.

Ausgehend von der Diskussion unterbreitete die Vorsitzende des Senats den Vorschlag, die Strukturkommission weiterzuführen. Als mögliche Aufgabenstellungen nannte sie:

- Erarbeitung von Leistungskennzahlen,
- Modelle für Studiengebühren.

Im Ergebnis der sich anschließenden Diskussion wurde beschlossen, dass die Strukturkommission fortgeführt wird. Zusammensetzung und Zielstellung der Kommission werden als Tischvorlage in der nächsten Senatssitzung behandelt.

Beschlusnummer: VI/49
Abstimmungsergebnis: 13/1/0

Ferner nimmt der Senat das Statement der Strukturkommission des Akademischen Senats der Universität Rostock vom 16. März 2005 hinsichtlich der Grundrichtung und Argumentation zustimmend zur Kenntnis.

Beschlusnummer: VI/50
Abstimmungsergebnis: 13/1/0

Bestätigt:

Protokoll:

Prof. Dr. Edda Siegl
Vorsitzende des Senats

Michael Kohlmann
Referat 1.2